



+++ freitagspost +++

FREITAG, 13.04.2018

Fünf Millionen Euro fließen an die Städte

Beschluss wird umgesetzt: Kreis gibt Entlastung aus dem LVR-Nachtragshaushalt 2017 an die Städte weiter

Die SPD-Fraktion freut sich, dass die Städte im Kreis nun endlich vom Nachtragshaushalt 2017 des Landschaftsverbandes profitieren. Insgesamt etwas mehr als 5 Mio. Euro und damit die komplette Summe gibt der Kreis an die Städte weiter, so wie es der Kreistag in seiner Sitzung im Dezember 2017 beschlossen und so wie es die SPD-Fraktion gefordert hat. „Das ist ein guter Tag für die Städte im Kreis“, freut sich der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Dierk Timm. „Unser Druck hat sich für sie ausgezahlt.“ Er erinnert daran, dass die SPD-Fraktion einen entsprechenden Tagesordnungspunkt für die Dezember-Kreistagsitzung bereits beantragt hatte, als die Verwaltung mit einer eigenen Vorlage um die Ecke kam.

Die Städte erhalten im Detail (gerundet):

Bedburg	218.000 EUR
Bergheim	739.000 EUR
Brühl	474.000 EUR
Elsdorf	212.000 EUR
Erfstadt	467.000 EUR
Frechen	558.000 EUR
Hürth	678.000 EUR
Kerpen	749.000 EUR
Pulheim	490.000 EUR
Wesseling	459.000 EUR

„Es ist zudem für 2018 mit einer weiteren Entlastung durch den LVR zu rechnen“, kündigt der SPD-Kreistagsabgeordnete Prof. Dr. Jürgen Rolle an, der auch Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung ist. „Die entsprechenden Beschlüsse zur Senkung der Landschaftsumlage sollen im Mai gefasst werden.“

„Wir setzen uns auch weiter dafür ein, die städtischen Haushalte zu entlasten“, so Timm. „Und dazu gehört eben auch, unerwartete Mehrerträge oder Minderausgaben in wahrnehmbarem Umfang auch eins zu eins weiterzugeben und nicht in die eigene Tasche zu stecken“, ergänzt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion, Dagmar Andres.

"Robuste Einsatzlage" muss nichts für "robuste Einsatzkräfte" sein

Widersprüche: Innenminister spricht von „verneinter Dialog-Bereitschaft“ - Aachener Polizeipräsident setzt aber Dialogkonzept fort.

"Robust gehört ganz klar zu den Lieblingswörtern des Landesinnenministers Reul", stellt der SPD-Landtagsabgeordnete Guido van den Berg fest. Er zitiert den NRW-Innenminister, der mit Blick auf Straftäter im Hambacher Forst erklärt hatte: "Die Polizisten tun ihre Pflicht und werden wenn nötig auch robust einschreiten". Nun hat Reuls Ministerium die Einrichtung von drei besonders durchsetzungsfähigen Hundertschaften als „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten“ angekündigt, die besonders „robust“ auftreten sollen. Das war Anlass für Guido van den Berg nachzufragen, ob die "robusten Kräfte" nun zum "robusten Einsatz" im Hambacher Forst passen. Dazu wollte Minister Reul aber nicht klar antworten und befand, dass das jeweils der einsatzführende Aachener Polizeipräsident zu entscheiden habe.

Guido van den Berg fiel auch auf, dass die markigen Worte des Innenministers nicht immer zur tatsächlichen polizeilichen Arbeit vor Ort passen: „Reul will wohl Law and Order vermitteln, zum tatsächlichen Einsatzgeschehen passt das aber nicht immer“. Pikanterweise zitiert der SPD-Landtagsabgeordnete aus der aktuellen Ausgabe der „Streife“, die vom Minister des Inneren herausgegeben wird. Im Artikel „Mit Dialog und Transparenz Proteste entschärfen“ heißt es zur polizeilichen Einsatzlagebewältigung im Hambacher Forst: „Es gibt informelle Treffen, wo wir unsere Positionen vertreten und verdeutlichen, zu welchen Maßnahmen wir im Falle eines Falles greifen müssen. Aber wir nehmen auch die Ansichten der Protestler zur Kenntnis und versuchen, deren Denken zu verstehen.“ (...) „Die Aktivisten wissen, wie wir Tag und Nacht erreichbar sind. Darüber hinaus haben wir Handnummern der wichtigsten Leute im Camp. So wurde schon einmal durch ein Telefonat angekündigt, wenn die Beamtinnen und Beamten aus Aachen anrücken, um Barrikaden zu räumen. Umgekehrt fragen die Protestler nach, womit ein Polizeieinsatz begründet sei oder erkundigen sich danach, was mit Aktivisten passiere, die in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Manchmal laufen dabei gewissermaßen die Drähte heiß“.

Guido van den Berg meint, dass die Wortwahl des Ministers im Innenausschuss einen anderen Eindruck von der Polizeiarbeit vermittelt. Dort hatte Reul in einem Bericht erklärt, dass das autonome Spektrum der Waldbesetzerszene durch Personen aus Hamburg, Berlin, Leipzig oder südeuropäischen Ländern anwachse und man eine veränderte Szene habe, "die im Kernbereich den Dialog verneint. Bei Begegnungen zwischen Waldbesetzern und der Polizei im Hambacher Forst zeigen die Besetzer neuerdings eine erhöhte Konfrontationsbereitschaft, die auch gegenüber eingesetzten Beamten oder Journalisten durch martialisches Auftreten verdeutlicht wird. Auch der Sprachgebrauch belegt, beispielsweise in Blogbeiträgen oder im unmittelbaren Kontakt, deutlich eine mangelnde Kommunikationsbereitschaft und in Teilen auch Militanz". In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Guido van den Berg verweist das Innenministerium darauf, dass dies alles Fragen seien die die konkrete Einsatzkonzeption des Aachener Polizeipräsidenten betreffen würden. Die Widersprüche zur Kommunikation des eigenen Ministers kann das Ministerium nicht erklären.

IMPRESSUM:

Rhein-Erft SPD

Fritz-Erler-Straße 2 // 50374 Erftstadt

V.i.S.d.P.: Johannes Stracke (Kreisgeschäftsführer)

Tel.: 02235 – 927140 // Fax.: 02235 - 9271419

E-Mail: info@rhein-erft-spd.de

